

den Kolonisten bezieht, in umgearbeiteter Fassung vor. Das Haus nahm den Antrag der Zentralkommission, sowie ein von Anton Bóér vorge-

schlagenes Zusatzartikel an und lehnte ein Amendement Vázar's ab. Hiernächst war die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Perczel schlägt vor, morgen keine Sitzung zu halten, am Samstag solle zunächst die Petitionskommission referieren, dann die dritte Lesung der Gesetzentwürfe über den Pferdebedarf und über die Kolonisten erfolgen.

Gsernátony und Szédenyi sind mit der Aufopferung des morgigen Tages nicht einverstanden und verlangen, daß das Petitions-

referat, die dritten Lesungen und ein Referat der Wirtschaftskommission für morgen auf die Tagesordnung gestellt werden sollten, so daß das Haus am Samstag sofort an die Budgetberatung gehen könnte.

Das Haus ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 16. Jänner. Der Finanzausschuß erledigte gestern einen Theilvorschlag betreffend der Staatsschuld, beschloß hierbei das Agio statt mit 10 mit 8 Prozent für das ganze Budget anzunehmen und begann heute die Beratung des Staatsveranschlagtes des Handelsministeriums.

Wien, 17. Jänner. Im Ausschusse gab der Handelsminister betreffs der Arlbergbahn Aufklärungen über die weiters gepflogenen Erhebungen und wurde neues Material dem Berichterstatter Fürth zur Berichtigung übergeben. Der Finanzausschuß nahm die Resolution wegen erweiterter Erhebung der Aufhebung der Kreisbahnen an. Der Ausschuß für Revision der Reichsraths-Geschäftsordnung erkannte im Allgemeinen an, daß eine radikale Aenderung der Geschäftsordnung dringend geboten sei und wurde der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt.

Inland.

Hermannstadt, 19. Jänner. In Angelegenheit der municipalen Regelung des Königsbogens erfährt der „Mag. Abend“, daß nach dem begünstigten Gesetzentwurfe des Ministeriums jeder sächsische Kreis ein Komitat, mit einem Obergespan an der Spitze, bilden soll und die Nations-Universität sich bloß mit den gemeinsamen Vermögensverhältnissen befassen dürfte.

Pest, 15. Jänner. Der Hof bleibt in Folge der günstigen Witterung bis Ende dieses Monats in Gödöllö und wird dann nach Ofen überziehen. Zu dem 17. in Wien stattfindenden Beamtentage werden Deputationen aus Pest-Dien kommen.

Pest, 16. Jänner. Die Konferenz der Deak-Partei war so zahlreich besucht, wie dies unseres Erinnerns kaum noch jemals der Fall gewesen. Die Sitzung begann jedoch erst um halb 6 Uhr, da Graf Konvay, welcher als einer der Gründer der Omer Kommerzialbank an deren heutiger Banket theilnahm, etwas verspätet eintraf. Nach einer kurzen Entscheidung dieser Verspätung ging

Graf Konvay sofort auf die Besprechung unserer Finanzlage ein, welche er keineswegs als eine beunruhigende, aber immerhin als eine solche betrachtet, die unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Dem von der Finanzkommission aufgestellten Grundsätze, daß die ordentlichen Ausgaben durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden müssen, stimmt er vollkommen bei, dagegen ist er abweichender Ansicht bezüglich jener einzelnen Posten, welche laut Bericht des Finanzausschusses von den außerordentlichen Ausgaben auszuscheiden und in die ordentlichen zu transferiren wären. Er billigt es, daß die Zinsen der verschiedenen Anleihen in die ordentlichen Ausgaben gestellt werden; die Amortisationsquoten gehören jedoch nicht dahin, weil sie eine Verminderung der Schuld, mithin eine Besserung des Vermögensstandes bedeuten. Er wünscht also, daß diese Amortisationsquoten, sowie jene für die Grundentlastungsschuld, wieder in das Extraordinarium zurückverlegt werden, wodurch sich die Ausgaben im Ordinarium um beiläufig 4 1/2 Millionen vermindern. Eine gleiche Rückverlegung in das Extraordinarium beantragt er bezüglich der Investitionen (737,000), so daß sich das vom Finanzausschusse mit 8 1/2 Millionen bezifferte Defizit im Ordinarium auf rund 3 Millionen reduzieren würde. Bezüglich dieses Restes sei das Ministerium aufzufordern, weitere Abstriche an einzelnen Budgetposten in Vorschlag zu bringen. Das sei nicht unmöglich. So könnten z. B. die Ausgaben für Staatsstraßen vermindert werden; da viele dieser Staatsstraßen, die doch aus früheren Zeiten als solche figuriren, jetzt parallel mit Eisenbahnen laufen, sonach entbehrlich sind, ebenso liegen sich die Kosten der Steuererhebung vermindern u. s. w. — Wären diese Ersparungen jedoch nicht hinreichend, um das von ihm (Konvay) auf 3 Millionen reduzierte Defizit im Ordinarium verschwinden zu machen, dann müßte der allfällige Rest immerhin durch Steuererhöhung gedeckt werden, allein dann sei das Ministerium aufzufordern, seine diesfälligen detaillirten Vorschläge noch während der Spezialberatung über das Budget und vor definitiver Botirung des letzteren dem Hause vorzulegen. — Was das Extraordinarium betrifft, so ließen sich auch dort erhebliche Verbesserungen vornehmen. Nebenher konnte sich z. B. eine Kombination bezüglich der gesammelten südlichen Eisenbahnlinien denken, wodurch die Last der Karlsruh-Zimmerner Bahn von den Schultern des Staates abgewälzt würde. Was die Eisen-

Und als sie noch einem Tochterchen das Leben schenkte, änderte das nichts an ihren Gewohnheiten, an ihrer Lebensweise, an ihrer Existenz. Das Kind ward zuerst einer Amme übergeben, dann einer Bonne und schließlich einer Gouvernante. Täglich zum Frühstück und nach dem Diner zum Desserte wurde die Kleine niedlich gepußt in den Salons geführt, erhielt dort von der Mama einen Kuß, von Papa einen Bonbon und von den anwesenden Gästen die üblichen Zärtlichkeiten wohlconditionirter Tischgenossen, auch wenn sie gerade keine großen Kinderfreunde sind. Gastfreundschaft verpflichtet!

(Fortsetzung folgt.)

Notizen.

(Der Sohn Napoleons.) Dem Telegramme des „Gaulois“ entnehmen wir folgende Einzelheiten: Als der kaiserliche Prinz von Woolwich in Chislehurst eintraf, sprang er mit den Worten aus dem Wagen: „Und mein Vater?“ Graf Darvilliers ergriff seine Hände und sagte: „Monseigneur haben Sie Muth; es geht dem Kaiser sehr, sehr schlecht.“ In diesem Augenblicke gewahrte der Prinz den Pfarrer von Chislehurst; er erblaute und zitterte am ganzen Leibe, dann nahm er sich plötzlich zusammen und sagte mit noch schwankender Stimme, aber mit festem Blicke: „Man sage mir die Wahrheit; ich bin stark genug, sie zu ertragen.“ Er erhielt nur Geschluchze zur Antwort; endlich kam die Kaiserin und schloß ihn mit den Worten in ihre Arme: „Louis, mein armes Kind, ich habe nur noch Dich auf der Welt!“ Keine Thräne zeigte sich in den Augen des Prinzen; ohne ein Wort hervorzubringen, stürzte er sich nach dem Zimmer seines Vaters. Dort warf er sich auf die Knie und betete mit lauter Stimme das Vaterunser in lateinischer Sprache. Dann flüchtete er mit dem Rufe: „Ich kann nicht mehr, ich kann nicht mehr!“ nach seinem Zimmer.

(Eine kostspielige Depesche.) Das sehr detaillirte Telegramm, in welchem die Nachricht von dem Tode Napoleons III. von London nach Amerika an die „New-York Times“ gerichtet wurde, kostete nicht weniger als 3500 Francs.

babgarantien betrifft, so halte er auch heute noch an der Idee der Erreichung eines separaten Eisenbahngarantiefonds fest, der ohne Schwierigkeit zu Stande gebracht werden konnte, da die Garantiefumme allerdings noch einige Jahre lang jährlich 14—15 Millionen beanspruchen, dann aber fortwährend sinken und in weiterer Folge die Rückzahlung der Vorschüsse beginnen werde, ganz abgesehen davon, daß nach neunzig Jahren ohnehin sämtliche Bahnen Eigentum des Staates werden. Graf Konvay legt schließlich einen im Sinne der oben entwickelten Ansichten formulirten Antrag vor, welchen er der Partei zur Annahme empfiehlt.

Koloman Szell glaubt sich in seiner Eigenschaft als Referent des Finanzausschusses berufen und verpflichtet, auf die Vorschläge des Grafen Konvay zu antworten. Er beginnt mit dem Extraordinarium, weil er sich hier kurz fassen könne. Graf Konvay gehe da über allgemeine Andeutungen nicht hinaus; er spreche von einer Kombination bezüglich der südlichen Eisenbahnlinien, von der Kreirung eines Eisenbahngarantiefonds u. s. w., ohne über die Modalitäten auch nur die leiseste Andeutung zu geben; in finanziellen Dingen aber könne über die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit eines Vorschlages nie nach einer abstrakten Idee, sondern nur auf Grund detaillirter Durchführungsmodalitäten abgeurtheilt werden. Von diesem Standpunkte aus könne Dasjenige, was Graf Konvay bezüglich des Extraordinariums proponirt, in der vorliegenden Form nicht einmal den Gegenstand der Diskussion bilden und noch viel weniger in dieser Form angenommen werden. — Söll geht nun auf das Ordinarium über. Die Amortisationsquote für die Anleihen (etwas über eine Million) repräsentire eine Last, welche 28—46 Jahre hindurch alljährlich wiederkehren wird; das könne dem doch keine außerordentliche Ausgabe genannt werden. Hätten wir reelle, außerordentliche Einnahmen und könnten wir somit jene Amortisationsquoten daraus befreien, dann, aber auch nur dann würden dieselben eine Verminderung der Schuld, somit einen Vermögenszuwachs repräsentiren. Solange wir aber unsere außerordentlichen Ausgaben nur durch Schuldenmachen decken können, bedeutet die Einstellung der Amortisationsquoten in das Extraordinarium nichts Anderes, als eine Schuld durch die andere decken, und das einen Vermögenszuwachs zu nennen, widerspreche allen Regeln einer rationalen Finanzpolitik. Was die Tilgungsquote der Grundentlastungsschuld betrifft, so bestimmt das Gesetz ganz genau, welche Einnahmen für diese Schuld — Kapitalstilgung und Zinsenzahlung — zu verwenden seien. Würde also die Tilgungsquote für die Grundentlastungsschuld in das Extraordinarium eingestellt, so müßte auch eine gleich hohe Summe der gesetzlich hierfür bestimmten Einnahmen ebenfalls vom Ordinarium in das Extraordinarium übertragen werden und dann bliebe sich die Sache ganz gleich, ja die gesetzlich für die Grundentlastungsschuld bestimmten Einnahmen dürfen gar nicht für andere Zwecke verwendet werden, sondern müssen, falls sie in einem Jahre nicht gänzlich aufzubrauchen sind, zur Rückzahlung für die vom Lande geleisteten Vorschüsse dienen, welche heute noch an 20 Millionen betragen. — Unter der Rubrik „Investitionen für Staatsgüter und Bergwerke“ sind ohnehin nur jene kleineren Ausgaben (737,000) in das Ordinarium übertragen worden, welche alljährlich, wennauch gerade nicht immer unter denselben Titeln und für dieselben Objekte, vorkommen. Dieser ganze Theil der Vorschläge des Grafen Konvay, welcher durch Uebertragungen ins Extraordinarium das ordentliche Defizit vermindern will, sei also ganz unausführbar; er sei aber auch illusorisch, da dann auch jene außerordentlichen Einnahmen von mehr als 3 Millionen, welche der Finanzausschuß in das Ordinarium stellte, in das Extraordinarium zurückverlegt werden. — Weitere Abstriche im Budget seien kaum denkbar; der Finanzausschuß habe nach dreißigmonatlicher Arbeit im Ganzen nur 1,800,000 fl. — und auch das manche Post nur mit schwerem Herzen — zu streichen vermocht. Dabei wachen die Ansprüche an den Staat, namentlich für Zwecke der Kultur, des Handels, der Industrie mit jedem Tage. Man müße daher den Muth haben, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, die ordentlichen Ausgaben in richtiger Höhe darzustellen und für ihre Bedeckung durch eine entsprechende dauernde Erhöhung der ordentlichen Einnahmen zu sorgen. Er müsse daher den Antrag des Grafen Konvay im Ganzen, wie im Einzelnen ablehnen und an den Vorschlägen des Finanzausschusses festhalten.

Franz Deak: Wenn man die unangenehmen Folgen dessen, was man gethan hat, zu empfinden anfängt, fragt man sich gewöhnlich, ob man jetzt eben so handeln würde, nachdem man diese Folgen bereits kennen gelernt hat. Dieselbe Frage legte er sich auch in Bezug auf unsere Finanzlage vor, und er müsse sie unbedingt bejahen. Trotzdem er sieht, daß wir es nach sechs Jahren zu einem so großen Defizit gebracht haben, bereut er doch nicht Dasjenige, was während dieser sechs Jahre geschaffen worden, und wenn wir heute die Wahl hätten, die gegenwärtige finanzielle Lage mit allen daraus resultirenden Opfern zu acceptiren, oder das Land wieder in jenen Zustand zurück zu versetzen, in welchem es sich zu Anfang 1867 befand, so werde es keinen vernünftigen Menschen geben, der nicht das Erstere wählen würde. Er schildert nun in schwingenden Worten die enorme Werthsteigerung, welche Alles im Lande seit sechs Jahren erfahren hat; der Grund- und Hausbesitz, die Erzeugnisse des Handels und der Industrie, die geistige Produktion, sowie die Arbeit, welche der einfache Tagelöhner mit seinen beiden Händen leistet. Dieser Gewinn stehe nicht ziffermäßig im Budget, aber er sei in Wirklichkeit vorhanden. Was die Investitionen betrifft, so hat noch keine Gegend im Lande darüber geklagt, daß für sie zuviel gegeben, wohl aber beschwerten sich manche, daß sie zu wenig bekamen; glaubt ein vernünftiger Mensch, daß man uns Alles dies schenke? würde man uns etwa weniger Vorwürfe machen, wenn zu denjenigen, die sich auch jetzt noch vernachlässigt glauben, auch noch all jene kämen, die heute wenigstens mehr oder weniger befriedigt sind. Er sei allerdings dafür, daß man innerhalb vernünftiger Grenzen bleiben müsse, aber für mögliche und notwendige Investitionen werde er seinerseits auch in Zukunft die erforderlichen Summen bewilligen. Es sei nicht wahr, daß das Defizit erst aus den allerletzten Jahren stamme; wir hatten schon i. J. 1868 ein Defizit, nur gab es damals noch Aktiva, aus denen es gedeckt werden konnte; daß diese Aktiva sich von Jahr zu Jahr verminderten und das Defizit in demselben Maße immer klarer zu Tage treten mußte, liege in der Natur der Sache. An Sparsamkeit scheine ihm der Finanzausschuß das Mögliche geleistet zu haben; glaubt Jemand noch weitere Ersparungen vorschlagen zu können, so werde die Spezialberatung des Budgets hiezu Gelegenheit bieten; er seinerseits nehme den Bericht des Finanzausschusses und die darin enthaltenen Vorschläge als Grundlage für die Spezialdebatte an.

Die Reden Koloman Szell's und Franz Deak's wurden von lautem Beifalle begleitet und machten tiefen Eindruck. Alexander Bujanovics erhebt, nachdem es schwer sei, in einer so wichtigen Frage sofort Beschluß zu fassen, daß der Antrag Konvay's lithographirt und die Debatte morgen oder übermorgen fortgesetzt werde.

Der Antrag wird angenommen. Finanzminister Kerkapoly ist damit einverstanden, daß die Beschlußfassung vertagt werde, glaubt jedoch eben zur Orientirung der Mitglieder schon heute einige Aufklärungen geben zu müssen, denn er selbst habe ursprünglich diejenigen Posten in's Extraordinarium gestellt, welche der Finanzausschuß später in's Ordinarium übertragen, und welche Graf Konvay in's Extraordinarium zurückversetzen will. Der Minister legt nun die Gründe auseinander, welche ihn ursprünglich leiteten, sowie auch jene, welche ihn später veranlaßten, den ersten Plan aufzugeben und den Beschlüssen des Finanzausschusses beizutreten. Die Vorschläge des

letzteren empfehle er denn auch zur Annahme. Was die Ersparrung betrifft, so sei es nur schmeichelhaft für die Regierung, daß selbst der streupulöseste Finanzausschuß an einem so großen Budget nicht einmal ganze zwei Millionen zu streichen vermochte. Er sage nicht, daß weitere Ersparungen absolut unmöglich seien; er hoffe sogar, solche erzielen zu können, aber eine Verpflichtung in dieser Beziehung könne er nicht übernehmen. Dagegen sei er gerne bereit, seine Vorschläge bezüglich der Steuerfrage binnen kürzester Zeit dem Hause vorzulegen.

Für die Anträge des Finanzausschusses sprechen noch Szédenyi und Franz Puskás; der Letztere findet es sonderbar, von der Regierung zu verlangen, daß sie an dem von ihr als äußerst sparsam bezeichneten Budget, von welchem der Finanzausschuß noch weitere 1,800,000 fl. gestrichen, selber noch fernere Abstriche vorschlagen solle. Das könne er schon aus Rücksicht für den Grafen Konvay nicht acceptiren, da ja dieser als Ministerpräsident das vorliegende Budget eingebracht hat.

Béla Máriássy erhebt, die Fortsetzung der Debatte zu vertagen, bis der Antrag Konvay's lithographirt ist. In dem Augenblicke jedoch, in welchem der Präsident den Beschluß ausspricht, daß die Konferenz für heute geschlossen, der Konvay'sche Antrag morgen Abends in lithographirten Exemplaren unter die Mitglieder vertheilt und die Debatte Samstag Abends fortgesetzt werden wird, erklärt Graf Konvay, daß er seinen Antrag in der vorliegenden Form zurückziehe und denselben morgen Früh in veränderter Fassung dem Präsidenten zur Lithographirung übergeben werde.

Agram, 16. Jänner. Die compromittirten nationalen Führer haben ihre von ihnen in Aussicht gestellte Grenzbeilegungs-Aktie noch immer nicht angebracht. Das Amtsblatt greift sie deshalb auch heute in höflichster Weise an.

Agram, 17. Jänner. Die Nachricht, der Domherr Tallian sei mit der Ausarbeitung des Berichtes über die Losrennung der Murinell vom Agramer Erzbisthum betraut, wird als grundlos bezeichnet.

Wien, 16. Jänner. Die Meldungen über Verhandlungen der Regierung mit den Polen sind erkundet; es haben dieselben weder stattgefunden, noch sind sie in Aussicht genommen. Erst in nächster Woche wird der Polentklub zusammentreten; ein Beschluß über die künftige Haltung der Polen wird nach Einbringung des Wahlreformgesetzes gefaßt werden.

Nach vorhergegangener Besprechung mit einzelnen Abgeordneten fand heute abermals eine mehrstündige Ministerkonferenz über die Wahlreform statt.

In der nächsten Woche ist die Einbringung des Wahlreformgesetzes zu gewärtigen. Die „Neue Fr. Pr.“ bezeichnet den Sektionschef Postinger als den Verfasser der galizischen Wahlbezirkseinteilung.

Die Denkschrift des Beamtenvereines über die Beamtentvorlage wurde dem Abgeordnetenhause übergeben.

Der „Volksfreund“ behauptet, das Unwohlsein des Grafen Andrásy sei nur ein fingirtes, um jetzt den cisleithanischen Fragen fern zu bleiben. Daraus sei auch der jüngste Besuch des Kaisers zurückzuführen.

Die „N. Fr. Pr.“ meldet: Heute hat eine Konferenz mit den männlichen Abgeordneten stattgefunden. Die Anzahl der Abgeordneten Wählers wurde auf 36 vermehrt; der Reichsrath zählt 333 nunmehr 335 Mitglieder. — Morgen wird das Ministerium über die Wahlreform dem Kaiser einen Vortrag erstatten.

Wien, 17. Jänner. Das nächste Amtsblatt bringt die Verleihung des Großkreuzes des Kronenordens an den Grafen Reipertz in Anerkennung seines hervorragend verdienstvollen und vorzüglich befriedigenden Wirkens auf seinem dormaligen Dienstposten.

Wien, 17. Jänner. Aus London traf heute auf diplomatischem Wege die wichtige Nachricht ein, es sei zwischen Lord Granville und dem General Schuwaloff ein Einverständnis in Ansehung der Abiwa-Frage erzielt worden, jedoch habe sich der russische Bevollmächtigte aus formellen Gründen veranlaßt gesehen, die Zustimmung seines Kabinetts vorzubehalten.

Das „Vaterland“ weiß, daß die Slovenen im Abgeordnetenhause nicht erscheinen werden.

Die „Abendpost“ sagt: Die Mittheilungen einiger Blätter über die Details der Wahlreformvorlage insbesondere über die Vertheilung der Abgeordnetenzahl auf einzelne Länder und Wahlgruppen, rufen mannigfache Beunruhigung hervor. Die „Wiener Abendpost“ ist in der Lage zu versichern, daß diese Angaben vielfach irrig, und daß erst die Vorlage im Reichsrathe ein richtiges Vertheilungsbild gewähren wird.

Billach, 14. Jänner. Beide gestern und heute hier tagende kärntnerische Seniorats-Versammlungen beschloffen eine energische Rechtsverwahrung gegen den gegenwärtigen Juni-Erlass des evangelischen Oberkirchenrathes im Grazer Kirchenstreite und fordern die Zurücknahme desselben.

Prag, 17. Jänner. Czechische Blätter veröffentlichen an der Spitze eine von sämmtlichen Deltaranten unterschriebene Petition an den Kaiser; dieselbe schließt, indem sie sich gegen das beabsichtigte weitere Vorgehen der Regierung ausspricht, welches eine Vergewaltigung der meisten österreichischen Völker herbeiführt, und bittet um Berufung neuer Männer, um mit dem böhmischen Volke einen neuen Bund zu schließen, bevor Thatfachen geschaffen werden, die selbst der vermittelnden Macht der Krone Hindernisse bereiten könnten, und den souveränen Willen dafür einzufügen, daß allen Völkern gleiche Gerechtigkeit zu Theil werde.

Wienberg, 17. Jänner. Goluchowsky wurde nach Wien berufen. „Dziennik“ fordert die Polen auf, sie sollen nicht Proteste, sondern Petitionen gegen die direkten Wahlen beschließen.

Ausland.

Berlin, 16. Jänner. Die Botschafter Englands, Frankreichs und Oesterreichs sind heute zur Soiree im kaiserlichen Palais geladen. — Der französische Botschafter in Petersburg, General Vello, ist hier eingetroffen. — Graf Schuwaloff wird auf seiner Rückreise von London heute Abends hier erwartet.

Verailles, 16. Jänner. Die National-Versammlung begann die Beratung über den Gesetzentwurf Broglie's. Johnston verlangt den Unterrichtsminister Jules Simon über dessen Circular zu interpelliren, welches eine Aenderung des Unterrichts enthalte. Der Minister behauptet, daß das Circular durchaus nicht ungeschicklich sei; er erklärt die Interpellation anzunehmen, welche auf den dem Schlusse der gegenwärtigen Debatte folgenden Beratungstag festgesetzt wird.

Haag, 15. Jänner. Der antilke „Staatsforwant“ veröffentlicht die mit Belgien abgeschlossenen Beträge, betreffend die Kapitalstilgung einer Rente von 400,000 fl. auf Grund des Vertrages vom Jahre 1842, die Aufhebung des Zollzuschlages für nach Belgien importirte holländische Destillate, endlich betreffend die Concession der Nordbahn-Gesellschaft zur Führung der Eisenbahn-Linie Antwerpen-Glabbeek über niederländisches Gebiet.

Brüssel, 13. Jänner. Verschiedene Journale bestätigen, daß die Regierung die Vollmacht zur Abtretung der Grand-Luxemburg-Bahn verweigert.

Brüssel, 14. Jänner. In der Repräsentanten-Kammer erklärt Minister-Präsident Graf de Theux daß die Abtretung der Luxemburg-Bahn nicht gestattet wurde, daß er aber im Augenblicke keine Aufklärungen geben könne.

Bara ben mehr zu thun i

Der Fürst Malou wird im Finanzmi

und Holland v Glabbeek über von 400,000 G

Vertrages vom 8,900,000 Gul

Rom, 1 habe den Ausgl

Neapel übernem

Rom, 1 leon's veranstat

der Familie B

von Central-B

Schwierigkeiten

Welches auch d

Vorräden. Es

schlagen. Wir

die Zukunft ve

Rußland mit

erweitern und

würde es leich

rischen Parteien

werthe Vortheil

erwecken.“

Graf Sa

in Gefangensch

Abicht, das Ka

an Rußland z

Rußland, nachd

von d

leon's waren v

ingen waren v

in Camden Hou

erwiderte: „Ne

Petersb

ergibt nicht alle

nahmen über die

Das

Auslande eine

licher Hinterlass

Abiwa darlegt.

Petersb

über das Befind

der Genehmigung

Atten,

Mächte verlangt

Vorschläge in de

Konstant

Großvezirs hat

diese Woche die

Washington

Jist und die A

in europäischen

gleichzeitig mit

respondenz entha

New vor

beschloß conventi

nen Dollars zu

eines zweiten Sa

latur in Louisiana

Voll

(Eisf

frornen Karften,

Ein schöne

blumen (denn ich

nißte bedienen) z

Wir hätte

auch mit Rosen

genug und es la

welche bekanntlich

bekanntest: „Ain

Ein echter

deshalb muß auch

gen (ob gerade d

sehr voll Takt

los waren.

Die Grazie

sparen. Wären r

sprechen; als M

daß jede „Blume

nen werde.

Das Haupt

sein Recht gebüh

rendsten Tanzwe

Erst mit e

Fläche, die viele

zu sich herabzie

Was sich b

ihren Hauptern

Der M

Vorlesungen in

wurde in den ve

diese Vorlesungen

daß 100 fl. de

schaffung von P

stützungsvereins

Anschaffung von

werden.

(Car n

fiel auch recht z

Gerauch getroffe

kraft — und die

mit dem Abende

Auch der

Dobrealshule für

dem die Einladu

deuten alle Anzei

Nach m

schweren, tragen i

me. Was die Ersparung Regierung, daß selbst der rosen Budget nicht einmal Er sage nicht, daß weitere je sogar, solche erzielen zu Übung könne er nicht über- Vorläge bezüglich der vorzulegen.

wachen noch S e d e n p i onderbar, von der Regie- us äußerst sparsam bezeich- noch weitere 1,800,000 fl. schlagen solle. Das konnte n p a y nicht acceptiren, vorliegende Budget einge-

gung der Debatte zu ver- ist. In dem Augenblicke auspricht, daß die Kon- Antrag morgen Abends in r vertheilt und die Debatte ärt Graf Conway, daß er siele und denselben morgen zur Lithographie über-

ntirten nationalen Führer reubeleidigungs-Aktie noch it sie deshalb auch heute

der Domherr Tallian sei Kostrennung der Murrinsel grundlos bezeichnet. über Verhandlungen der haben dieselben weder statt- Erst in nächster Woche Beschluß über die künftige Wahlreformgesetz gefaßt

it einzelnen Abgeordneten rkonferenz über die Wahl-

ung des Wahlreform-Ge- zzeichnet den Sektionschef blbezirkseinteilung, über die Be. mtenvorlage

vohstein des Grafen An- eitbanischen Fragen ferne ach des Kaisers zurückzu-

eine Konferenz mit den Anzahl der Abgeordneten rath zählt statt 333 num- s Ministerium über die en.

teblatt bringt die Verlei- den Grafen Neipperg in r und vorzüglich befriedi- gten.

heute auf diplomatischem ord Granville und dem nshnung der Rhina-Frage vollmächtigste aus formellen g seines Kabinetts vorzu-

lovenen im Abgeordneten-

heilungen einiger Blätter fondere über die Verthei- und Wahlgruppen, rufen mer Abendpost" ist in der rrig, und daß erst die rgebild gewähren wird.

en heute hier tagende en eine energische Rechts- h des evangelischen Ober- dern die Zurücknahme des-

er veröffentlichen an der ezeichnete Petition an den n das beabsichtigte weitere eine Vergewaltigung der bittet um Berufung neuer neuen Bund zu schließen, r der vermittelnden Macht en souveränen Willen das- rechtigkeit zu Theil werde. wurde nach Wien berufen. acht Proteste, sondern Pe-

er Englands, Frankreichs rkerlichen Palais geladen. r, General Vello, ist hier rher Rückreise von London

mal-Verammlung begann ie's. Johnston verlangt effen Circular zu interes- enthalte. Der Minister angeleglich sei; er erklärt dem Schluß der gegen- egezt wird.

Staatskourant" veröffent- betreffend die Kapitalisi- des Vertrages vom Jahre nach Belgien importierte oncession der Nordbahn- Anwerpen-Gladbach über

urnale bestätigen, daß die r Grand-Luxemburg-Bahn

stanten-Kammer erklärt rretung der Luxemburg- endliche keine Aufklärungen

Bara bemerkt, daß, wenn die Abtretung abgelehnt war, nichts mehr zu thun übrig bleibe, oder daß andernfalls ein Geheimniß obwalte. Der Zwischenfall wurde noch nicht geschlossen. Finanzminister Malou wird morgen die nöthigen Aufklärungen geben.

Finanzminister Malou legte gestern einen Vertrag zwischen Belgien und Holland vor, betreffend die Fäbrung der Eisenbahn Antwerpen-Gladbach über limburg'sches Gebiet und die Kapitalisirung einer Reihe von 400,000 Gulden zu Gunsten Hollands nach den Bestimmungen des Vertrages vom Jahre 1842. Holland würde danach die Summe von 8,900,000 Gulden erhalten.

Rom, 14. Januar. Es verlautet, Prinz Adalbert von Baiern habe den Ausgleich zwischen Victor Emanuel und dem König Franz von Neapel übernommen.

Rom, 15. Januar. An der hier anlässlich des Ablebens Napoleons veranstalteten Todtenfeier nahmen Cardinal Bonaparte, Mitglieder der Familie Bonaparte, die Elite der römischen Gesellschaft, Mitglieder des Parlamentes und zahlreiche andere Personen Theil.

London, 14. Januar. Die Times bepricht die Angelegenheit von Central-Asien und sagt: „Der Feldzug der Russen wird mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, aber Russland wird schließlich siegen. Welches auch die Absichten Russlands sein, es hat einen Vorwand zum Vorrücken. Es würde für England schwierig sein, ein wildes Volk zu schüßen. Wir halten es aber für besser, das Russland Garantie für die Zukunft verlangt und Rhiva seine Unabhängigkeit beläßt. Wenn Russland mit seiner Erklärung, daß es nur seine Handelsbeziehungen erweitern und nicht neue Eroberungen machen will, aufrichtig ist, so würde es leicht sein, die Beziehungen zwischen Russland und den tartari- schen Fürsten auf einer Grundlage zu regeln, welche Russland schätzens- werthe Vortheile zuwenden würde, ohne die Eiferfücht des Auslandes zu erneuen.“

Graf Schuvaloff habe erklärt, der Zweck der Expedition sei, die in Gefangenschaft befindlichen Russen zu befreien; es bestehe keinerlei Absicht, das Land dauernd zu besetzen, noch auch das Gebiet von Rhiva an Russland zu annektiren. „Wir hoffen,“ schließt die Times, „daß Russland, nachdem es seinen Zweck erreicht hat, wieder umkehren werde.“

London, 16. Januar. Beim Leichenbegängnisse Louis Napo- leon's waren 60,000 Personen anwesend. In London und in den Pro- vinzen waren viele Kaufläden geschlossen. Der ex-kaiserliche Prinz, welcher in Camden House mit dem Kure: „Es lebe der Kaiser!“ begrüßt wurde, erwiderte: „Nein, der Kaiser ist todt, es lebe Frankreich!“

Petersburg, 13. Januar. Das russische Reichsbudget für 1873 ergibt nicht allein ein Deficit, sondern noch einen Ueberfluß der Ein- nahmen über die Ausgaben.

Das russische Kabinet hat an verschiedene seiner Vertreter im Auslande eine Note gelangen lassen, die zur Verlesung und abschrit- tlicher Hinterlassung bestimmt ist, und die Gründe des Feldzuges in Rhiva darlegt.

Petersburg, 15. Januar. Die Veröffentlichung der Bulletins über das Befinden des Großfürsten-Thronfolgers ist wegen fortschreiten- der Genesung desselben eingestell worden.

Athen, 14. Januar. Frankreich, Italien und die neutralen Mächte verlangen von Griechenland die schleunige Beantwortung der Vorschläge in der Laurion-Frage.

Konstantinopel, 15. Januar. Der Gesundheitszustand des Großfürsten hat sich wesentlich gebessert; er wird wahrscheinlich schon diese Woche das Zimmer verlassen dürfen.

Washington, 14. Januar. Die Note des Staatssecretärs Tjib und die Antwort Spaniens in Angelegenheiten Cubas, deren Existenz in europäischen Journalen besprochen wird, waren in der dem Congresse gleichzeitig mit der Botschaft Grant's vorgelegten diplomatischen Cor- respondenz enthalten.

Newyork, 14. Januar. Die Direction der Erie-Eisenbahn beschloß convertirbare siebenpercentige Bonds im Betrage von 10 Millio- nen Dollars zum Zwecke der Herstellung eines dritten Geleises und eines zweiten Schienenweges zu emittiren. Pinchback wurde von der Legis- latur in Louisiana zum Senator gewählt.

Vokal- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 20. Jänner.

(Eis sport.) Können sie reden die im Erlenteiche einge- frorenen Karppen, sie müßten sagen: „Sonnabend viel Sport.“

Ein schöner Her von Damen, besser gesagt, von lebenden Eis- blumen (denn ein objektiver Eisportreporter muß sich kü h l e r Gleich- nisse bedienen) zierte das anmuthige Kleine Fest.

Wir hätten die Damen, ohne Widerspruch fürchten zu dürfen, auch mit Rosen vergleichen können; aber das Bild ist nicht winterlich genug und es lag hiebei die kränkende Schlußfolgerung für uns Herren, welche bekanntlich Alle Bescheidenheit ziert, gar zu nahe, sich nach dem bekannten: „Keine Rose ohne Dornen“ als das Letztere zu betrachten.

Ein echter Reporter aber muß mit aller Welt Frieden halten und deshalb muß auch von den Eisläufern gesagt werden, daß ihre Bewegun- gen (ob gerade oder krumm, vor- oder rückwärts, rund oder eifig) oft sehr voll Takt und wenn auch gegen den Takt, doch niemals takt- los waren.

Die Grazie und Anmuth müssen wir freilich für die „Blumen“ sparen. Wären wir Preisrichter, so würden wir von einer „Eiskönigin“ sprechen; als Reporter dürfen wir uns sie denken und dabei hoffen, daß jede „Blume“ laut oder doch im Stillen sich den Preis zuerken- nen werde.

Das Hauptverdienst um diesen in der That gelungenen improvisir- ten Sport gebührt unstreitig dem Herrn Obersten v. Poppenheim, welcher seine rühmlichst bekannte Regimentskapelle nahezu 3 Stunden die animir- testen Tanzweisen spielen ließ.

Erst mit eintretender Dunkelheit trennte man sich von der glatten Fläche, die Viele anzieht und noch Mehrere, mitunter ganz unverhofft, zu sich herabzieht.

Was sich doch die Larpsen gedacht haben mögen, als sie über ihren Häuptern plötzlich eine Quadrille tanzen sahen?

Der Reinertrag des Erlöses für die Eintrittskarten zu den Vorlesungen im Saale des evangelischen Gymnasiums in Hermannstadt wurde in den verwichenen 2 Jahren zur Anschaffung von Requiriten für diese Vorlesungen verwendet, im heurigen Jahre aber dergestalt vertheilt, daß 100 fl. der Hermannstädter evangelischen Mädchenschule zur An- schaffung von Lehrmitteln und Requiriten, 60 fl. dem Fonde des Unter- stützungsvereins für hilfsbedürftige Juristen, und der Restbetrag zur Anschaffung von weiteren Requiriten für die Vorlesungen verwendet werden.

(Carnivalia.) Der vorgestrige Ball der jungen Kaufleute fiel auch recht gut aus; obgleich zu demselben die Vorkehrungen ohne Geräusch getroffen wurden, bewährte er seine ungeschwächte Anziehungs- kraft — und diejenigen, welche erschienen waren, hatten volle Ursache, mit dem Abende vollkommen zufrieden zu sein.

Auch der von dem Coetus des ev. Obergymnasiums und der Oberrealschule für diesen Fasching auf den 24. l. M. angesagte Ball, zu dem die Einladungen bereits erlangt sind, wird sich — und darauf deuten alle Anzeichen hin — seinen Vorgängern würdig anreihen können.

Nach mehreren, zum englischen Spieen verleitenden Tagen, voll- schweben, tragen und so dichten Nebels, daß, wenn Jemand von einem

ungebildeten Gegner in einer Entfernung von zehn Schritten eine hinter- listige Maulschelle erhalten hätte, der Gehehrte den Ohrfeigenden nicht hätte erkennen können, hatten wir gestern einen prachtvoll sonigen Tag, den männlich und weiblich benützte, um sich recht erdentlich in der gefundenen frischen Luft zu ergehen.

Kronstadt, 13. Januar. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag nach 12 Uhr ist die Kunstmühle von Rudolf Seewaldt bis auf die Mauern vollständig ausgebrannt. Der Schaden, den dieser thätige und industrielle Mann durch dieses Brandunglück erlitten, ist groß, in- dem außer dem Werke, es ist das beste in unserer Stadt gewesen, auch eine große Fruchtquantität mit verbrannt ist. Der Brand war schauer- lich schön, weil die drei Stockwerke der Mühle fast zu gleicher Zeit im Feuer standen, und wie ein Stoß nach dem andern leglich zusammen- stürzte. Den überaus lobenswerthen Anstrengungen der Vorstehenden gelang es das fest neben der Kunstmühle situierte Wohnhaus zu retten. Dem Vernehmen nach ist der Brand durch den Umsturz einer Petroleumlampe entstanden.

Johann Kadar, Gemeinderichter in Maros-Ludas, welcher gegenwärtig 92 Jahre zählt, führt demnächst eine 32 Jahre alte Frau zum Altare. Der Mann mit schneeweißem Haare, doch jugendlichem Gemüthe meidet den Umgang mit bejahrten Weibern und sucht stets in Gesellschaft junger Menschen zu sein. — Seiner Berechnung nach hat er während seiner bisherigen Verheirathung 12,955 siebenbürgische (2591 u. c.) Eimer Wein mit Sauerwasser (borvizes bor) den Weg durch die Gargel zurück legen lassen.

Weitere Beiträge zur Bestreitung der Kosten für das gelungenste Werk einer Geschichte der Zykler Nation haben gesendet, und zwar: Dominik Biasini v. Ribbe 20 fl., der Deputirte von Dabfatu und Redakteur des „Beszi Naplo“ Ludwig Urvári 5 Stück Dabfatu.

„Magyar Polgar“ zweifelt daran, daß Ernest Matray bei der gegen ihn anberaumten schwurgerichtlichen Verhandlung erscheinen werde, um sich persönlich zu verteidigen.

Erklärung.

Der wiederholt gemachten Anfrage gegenüber: Ob dem Eintritt von Studierenden der Gymnasien und Realschulen in den activen Dienst der Feuerweh'r Nichts im Wege stehe? sehe ich mich nach kompetenten Orts eingeholter Erkundigung zu der Erklärung veranlaßt, daß auch dem Eintritt der obgenannten Studierenden in die Reihen der Feuerweh'r-männer Nichts im Wege steht, wenn das vorgeschriebene Alter von acht- zehn Jahren und die Einwilligung des Vaters, beziehungsweise Ver- mündetes, ausgeniesen wird.

Hermannstadt, den 17. Januar.

Der Obmann der Feuerweh'r.

Den p. t. unterstützenden Mitgliedern der Feuerweh'r zur Nachricht.

Es ist mir die Mittheilung gemacht worden, daß von den p. t. unterstützenden Mitgliedern der Feuerweh'r bereits Mitgliedschaftsbeiträge eingekoben worden sind.

Da indessen zur Einzahlung der Beiträge in den Einzei- mungszisten nicht aufgefordert worden und über die geleisteten Zahlungen selbstständig ordnungsmäßig quittirt wird, so werden die p. t. unter- stützenden Mitglieder der Feuerweh'r hiermit höflich ersucht, die Mitgliedschaftsbeiträge nur gegen Einbüdung einer vom Vereinsführerwart C o u l i n unterfertigten Quittung zu bezahlen.

Hermannstadt, den 17. Januar.

Der Obmann der Feuerweh'r.

Aus dem Gerichtssaale.

In der am 15. und 16. Januar stattgefundenen Schlußverhand- lung gegen den Kassa-Offizialen Anton v. Melantovics wegen Verbrechen's der Veruntreuung sind vor dem k. u. Gerichtshofe in Hermannstadt in den Ausführungen der Staatsanwaltschaft und Vertheidigung mehrere Fragen zur Sprache gekommen, welche allgemeines Interesse erregen dürften, weshalb wir uns veranlaßt finden, Einiges mitzuthellen.

Die Staatsanwaltschaft, ihrem prozessualischen Berufe getreu, bei der Schlußverhandlung als öffentlicher Ankläger im Interesse der öffent- lichen Sicherheit und des Gesetzes zu fungiren, vertrat die strenge Ansicht, der Angeklagte sei des Verbrechen's der Veruntreuung für überwiegen zu halten, weil er nicht beweisen kann, wie der in der Kassa fehlende Betrag von über 20,000 fl. abhanden gekommen sei; und seine Behauptung, es sei ihm das Geld gestohlen worden, sich als eine leere Ausflucht darstellte, die zu nichts anderem geeignet ist, als die Borenthaltung ersichtlich zu machen. Die Staatsanwaltschaft berief sich zur Begründung ihrer An- sicht auch darauf, daß der Kassabeamte allein die Möglichkeit hat, in die Kassa einzugreifen und daß, wenn noch ein weiterer Beweis gefordert würde, der Kassenscheuband sein Verbrechen nur geschickt zu verhüllen brauche, um ungestraft die größten Unterschlagungen zum Nachtheile des Staatschages zu begehen.

Von Seite der Vertheidigung wurde geltend gemacht: Die Verunt- reuung besteht in einem Borenthalten und Sichzueignen anvertrauter Sachen.

Wie bei jeder anderen Anklage müsse auch bei der Veruntreuung der Beweis des Borenthaltens und Sichzueignens erbracht werden. Be- stünde die von der Anklage vorausgesetzte gesetzliche Vermuthung, daß jedes Defizit in einer Kassa durch Veruntreuung des Kassabeamten ent- standen ist, dann wäre kein Kassabeamte sicher, des Verbrechen's der Veruntreuung nicht schuldig erklärt zu werden. Fehlen ihm auch nur mehr als 5 fl. und er kann einen Zufall oder ein Versehen nicht bewei- sen, durch welches dieser Betrag abhanden gekommen ist, so müßte er ohne weiteres des Verbrechen's der Veruntreuung für schuldig erklärt werden. Nicht nur Kassabeamte, sondern auch andere Menschen können sich in räumlichen und zeitlichen Verhältnissen befinden, in welchen die Möglichkeit geboten ist, Verbrechen auszuüben und so begehen zu können, daß sie keinen Beweis zu fürchten haben. Niemand folgert aber, daß sie deswegen im Vorhinein für schuldig gelten, wenn sie nicht ihre Schuld- losigkeit beweisen. Daß ein Schuldbeweis notwendig sei, das habe der Hermannstädter Magistrat in seinem Urtheil bei der ersten Schlußver- handlung vom 7. October 1871 anerkannt, indem er den Angeklagten wegen Mangels zureichender Beweismittel von der Anklage freisprach; das habe auch die königliche Tafel in Maros-Básárhely anerkannt, indem dieselbe den Angeklagten nicht schuldig erklärte, sondern Nachtragsver- handlungen im Interesse des Schuldbeweises anordnete; das habe auch der Gerichtshof anerkannt, indem nun beinahe schon durch einen Zeitraum von 2 Jahren hindurch nach Beweisen für die Schuld geforscht wird. Wäre der Grundsatz der Anklage richtig, dann hätte Melantovics gleich in der ersten Woche der Untersuchung abgewurteilt werden können.

Trotz der umfassendsten und eindringlichsten Untersuchung in allen Richtungen sei der Stand des Schuldbeweises kein anderer geworden, wie er bei der ersten Schlußverhandlung war. Melantovics hat nicht erwiesen, daß ihm das Geld gestohlen worden ist. Ein gesetzlicher Be- weis, daß Melantovics große Summen in der Vorterie verspielt habe, sei nicht vorhanden. So stand die Sache bei der früheren Schlußver- handlung. Genau ebenso steht sie auch heute.

Die Ansichten und Urtheile der Gerichte dürfen sich nicht verändern wie die Zeiten.

Der Gerichtshof schloß sich bekanntlich der Ansicht der Staats- anwaltschaft an und erklärte Herrn v. Melantovics für schuldig. Aus diesem Anlasse können wir nicht umbin, bemerkbar zu machen, daß dieselbe Frage, welche im Schlußverhandlungssaale des königl. ung. Gerichtshofes in Hermannstadt am 15. Januar 1873 eine so wichtige Rolle spielte, auch einige auswärtige Gesetzbücher beschäftigt.

In dem Entwurfe des preussischen Gesetzbuches vom Jahre 1847 fand sich (f. Dr. Georg Beseler's Kommentar über das Strafgesetzbuch, für die preussischen Staaten, Leipzig 1851, S. 560) bei dem §. 394 folgende Bestimmung: „Fündet man das Geld oder die Sachen, welche ein Beamter in amtlicher Eigenschaft empfangen hat, bei ihm nicht vor, so wird angenommen, daß er dieselben unterzueignen habe, es sei denn, daß diese Annahme durch die Umstände unterlegt wird.“ Die letztere Bestim- mung, welche im Interesse der Kassenverwaltung aufgenommen war, (Berathungsprotokoll der Staatsrathekommission III, S. 407. — Proto- kolle des Staatsrathes, Sitzung vom 29. Juni 1842. — Revision von 1845 III, S. 113) wurde schon von dem vereinigten sächsischen Ausschusse be- stätigt, weil sie eine unzulässige gesetzliche Vermuthung für den besten Verfall aufstellt.

Sie fand weder in das preussische Strafgesetzbuch vom Jahre 1851, noch in das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich eine Aufnahme.

Unter den ältern deutschen Strafgesetzbüchern beschäftigt sich auch der §. 689 des badienischen Strafgesetzbuches mit derselben Frage, indem es dort heißt: „Fündet sich in der Kassa oder in den Verträgen des Rechners oder Bewalters ein Abgang, hinsichtlich dessen derselbe nicht eine andere Entstehungsurache nachzuweisen oder wahrscheinlich zu machen vermag, so kann eine Verurteilung in des Rechners oder Bewalters eigenen Nutzen angenommen werden, wenn dafür noch andere Umstände sprechen, namentlich: 1. wenn derselbe einen Aufwand gemacht oder sich ein Vermögen gesammelt hat, wozu ihm seine rechtmäßigen Einnahmen offenbar nicht die Mittel hätten geben können; oder 2. wenn er den Ab- gang durch Fälschungen oder andere Täuschungsmittel zu verbergen gesucht hat.“

Mittermaier in seiner Ausgabe des Lehrbuches des reinlichen Rechtes von Feuerbach hebt S. 759 hervor, daß sich in den neuern Gesetzbüchern bezüglich dieser Frage der Einfluß des Abschreckungsprinzips äußert. (S. auch Hufnagel Präjudicien S. 615.)

Dem entgegen hat der k. k. oberste Gerichtshof in Wien, wie aus der Sammlung der strafgerichtlichen Entscheidungen, herausgegeben vom Ausschusse des Vereines zur Hebung gerichtlicher Berechtigung in Wien, (Gervé's Sohn 1866, S. 55 und 56) hervorgeht, in einer Entscheidung vom 14. Juni 1859, Nr. 68, gegen die Rechtsansicht der ersten Instanz, welche der Auffassung der Hermannstädter Staatsanwaltschaft entsprach, jenen Grundsatz geltend gemacht, welchen die Vertheidigung im Melan- tovics'schen Prozesse vertrat.

Der Fall, welcher der Entscheidung der Gerichte in Oesterreich zu Grunde lag, war folgender: Aus einem von der Rosenberger Sammlungs- kassa bei dem Unter-Kubiner Steueramte eingelangten, äußerlich und an den Siegeln unverletzten Pakete fehlten von dem im Begleitcheine ange- gebenen Betrage 10 Stück Banknoten von je 100 fl. Emerich K., der Einnehmer bei der Sammlungskassa Rosenberger wurde deshalb wegen Ver- brechens der Veruntreuung in erster Instanz verurtheilt. Der Gerichtshof nahm in den Entscheidungsgründen an, daß durch das Geständniß des Angeklagten in Verbindung mit den Aussagen des Kubiner Steueramtes bewiesen sei, daß dem Angeklagten kraft seines Amtes 4000 fl. zur Ab- reudung an das Steueramt in Kubin anvertraut waren, daß dieser Betrag sich vom Augenblicke der Abzahlung in seiner alleinigen Bewahrung befand, daß hievon ein Betrag von 1000 fl. an das Kubiner Steueramt nicht gelangte, daher dem Aerar vorenthalten worden ist. Seine Ausflüchte, insbesondere die, daß er die 1000 fl. vielleicht vor der Verriegelung auf dem Tische liegen gelassen habe, oder das Geld auch von Jemandem An- derem entwendet worden sein könne, seien den erhobenen Umständen gemäß nicht glaubwürdig. Vielmehr sei erwiesen, daß der Angeklagte über einen ihm anvertrauten Mineralwasser-Verschieß seit ungefähr 1 1/2 Jahren nicht Rechnung gelegt, daß er hiezu unter Androhung von Suspension von der Finanzdirektion gebrängt wurde, und daß in der Berichtskassa nach dem Abhandenkommen des fraglichen Geldbetrages eine gleiche Summe und größtentheils in gleichen Noten gefunden wurde.

Der oberste Gerichtshof in Wien begründete sein Besprechungs- und Schuldlosigkeits-Urtheil in dem gegebenen Falle folgendermaßen: „Es sind zwar „Vermuthungen“ vorhanden, die von den Ergebnissen der Un- tersuchung unterstützt, auf eine dem Angeklagten zur Last gelegte Verunt- reuung hinzudeuten scheinen, diese Vermuthungen sind jedoch keineswegs geeignet, solche gesetzlich bestimmte nähere Verdachtsgründe zu bilden, auf deren Grund der zusammengesetzte Beweis des erstrichterlich angenom- menen Verbrechen's der Veruntreuung basiert werden könnte. Inasbeacere kann weder aus dem Geständnisse des Angeklagten, noch aus den Um- ständen, daß Angeklagter die Barschaft bis zur Abreudung in seiner Ver- wahrung hatte, daß ferner in dem Betrage, welchen der Angeklagte als Einnahme für das Koretitzer Mineralwasser in die betreffende Kassa ein- legte, den abhanden gekommenen Banknoten ähnliche sich befunden haben, daß endlich Angeklagter die Anzeige des Steueramtes in Kubin sich erst am folgenden Tage exhibiren ließ, ein näherer Verdachtsgrund hergeleitet werden. Es schließen vielmehr alle diese Umstände die Möglichkeit nicht aus, daß die fraglichen 1000 fl. in Folge der Unvorsichtigkeit und Ord- nungswidrigkeit des Angeklagten in der Bewahrung mit dem anvertrauten Gelde jedoch ohne ferneres Zutun desselben abhanden gekommen sind.“

Deffentlicher Dank.

Der Feuerwehrausschuß beehrt sich hiermit der heimischen Berri- cherungsbank „Transilvania“ für die durch Widmung eines Betrages von 100 fl. zur ersten Einrichtung der Feuerweh'r bewirkene patriotische Theilnahme an dem durch ihn vertretenen Institute seinen besten Dank öffentlich auszusprechen.

Hermannstadt, 19. Januar 1873.

Der Feuerwehrausschuß.

Fremdenliste.

Angelommen am 19. Januar 1873:

- Hôtel P. Neurhrer. R. v. Rosenweiz sammt Gattin, Ingenieur, aus Mediasch; M. Biele, Ingenieur, aus Schäßburg; Baron Dorvas, Oestricher, aus Klausenburg; Serafin, Farmer, aus Großschicht.
- Römischer Kaiser. Graf Ruhn, aus Schäßburg; D. Wobu, Schmieb, aus Szent-Miklos; M. Köpfige, Lieutenant-Rechnungsführer im 62. Inf.-Regim., aus Karlsburg.
- Ungarische Krone. M. Chimani, A. Borovits, Inspektoren, aus Pest; Zimmermann, Berthelesch, aus Tebis; A. Martual, Oberthierarzt, aus Mediasch; F. Banyay, Kaufmann, aus Kronstadt; L. Simon, Grundbesitzer, aus Szt.-Göbörg; Grafin Spannachi, Grundbesitzerin, aus Oerend.
- Mediascher Hof. D. v. Rife, Oestricher, aus Pofalata; S. Jashauer, Kaufmann, aus Piteh; J. Högler, Eisenbahntroleur, aus Marktstetten; Salomon Fisch, Geschäftsmann, aus Mediasch.

Telegr. Wiener Cours vom 18. Jänner 1873

5% Metallscheine	66.75	Ungar. Grundentlastungsbobl.	79.—
5% National-Anlehen (Silber)	71.40	Emessa	77.50
1860er Staats-Anlehen	103.80	Siebenb.	77.—
Bankaktien	990.—	Kroat.-Slav.	—
Kreditaktien	329.50	Silber	106.75
London	108.80	R. l. Münz-Dufaten	—
		Napoleoncont'or	8.63

